

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrüch, Königsb., Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balser, OHL, Kupferberg, Kadernowald, Breiterfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell & Co., Halver i. W. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 242	Immerpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig - Druckgebühren 80 Reichspennig und Porto.	Halver Montag, den 16. Oktober.	Ersteinstellung mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monat. Mk 1.85 etw. 80 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb. - Postcheckkonto: Dortmund 2941.	1933
---------	---	------------------------------------	---	------

An das deutsche Volk!

Deutschland verläßt Abrüstungskonferenz und Völkerbund.

Reichstagsneuwahlen am 12. November.

Angesichts der demütigenden und entehrenden Zumutungen der anderen Mächte auf der Genfer Abrüstungskonferenz hat die Reichsregierung beschlossen, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht mehr teilzunehmen. Gleichzeitig wird die Reichsregierung den Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund anmelden.

Um dem deutschen Volke Gelegenheit zu geben, selbst zu den Schicksalsfragen der deutschen Nation Stellung zu nehmen, wird der Deutsche Reichstag durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Oktober aufgelöst und Neuwahlen zum 12. November 1933 anberaumt.

Die Reichsregierung an das Volk.

Die Reichsregierung hat an das deutsche Volk folgenden Aufruf gerichtet:

„Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Verantwortung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.“

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der bestehenden Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstoßen und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegspolizei und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftslos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrfurchung, daß die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands

die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung

für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschlusse, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszuscheiden, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftighin Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Gloriums des Versailler Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgend einem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen. Sie fordern nur jenes Maß an

Sicherheit,

das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage: Willt das deutsche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?

Der Aufruf des Kanzlers.

Der Aufruf des Kanzlers und Führers an das deutsche Volk hat folgenden Wortlaut:

„An das deutsche Volk!

Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsche, das Welt des friedlichen inneren Wiederaufbaues unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zubilligung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht. Trotz unserer Bereitwilligkeit, die schon vollzogene deutsche Abrüstung wenn nötig jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Zusicherungen entschließen.

Durch die bewußte Verweigerung einer wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurde das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unsere Delegierte mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung zur Zeit nicht mehr zubilligt werden könnte.

Da die deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerecht wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erblickt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweifelhafte Nation noch weiterhin an Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

In dem die deutsche Reichsregierung daher erneut ihren unerschütterlichen Friedenswillen bekundet, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie muß deshalb auch ihren Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtiger Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft dem deutschen Volke zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm eine Bekundung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrfurchung und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volke damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als beschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrenhaftigkeit dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß tritt, die ebenso sehr der Liebe zu unserem Volk und der Achtung vor seiner Ehre entspringen wie auch der Überzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Auffassung der gleichen Lebensrechte aller.

(gez.) Adolf Hitler.

Auflösung der Volksvertretungen der Länder.

Einstweilen keine Neuwahl.

Reichsinnenminister Dr. Frick hat an sämtliche Reichsstatthalter folgendes Telegramm gerichtet: Mit Auflösung des Reichstages wird nach Paragraph 11 des ersten Gleichhaltungsgesetzes auch die Volksvertretung der Länder aufgelöst. Ich ersuche im Auftrage des Kanzlers, von Anordnung einer Neuwahl gemäß Paragraph 1 Ziffer 2 des Reichsstatthaltergesetzes einstweilen abgesehen.

Volksabstimmung und Reichstagswahl.

In einem Wahlgang.

Wie verlautet, wird die Volksabstimmung über die Politik der Reichsregierung und die Reichstags-

wahl am 12. November in einem Wahlgang stattfinden. Für die Reichstagswahl wird nur eine Kandidatenliste vorgelegt werden.

Eine historische Tat.

Ein Schlussschritt ist in Genf gezogen worden. Ein Schlussschritt unter ein Geschehen, das immer unerträglicher geworden war. Fünfzehn Jahre hindurch hatte man von Deutschland im Namen des Sieges verlangt und immer wieder verlangt, hatte es mit Gewalt durchgesetzt, daß das Herz Europas entwaflnet und wehrlos schlagen sollte. Während ringsherum die Völker rüsteten, sollte Deutschland allein seine Verteidigung mit Holzatrappen führen! Während man es als angebliche Verletzung der Versailler Diktatsbestimmungen verzeichnete, daß Deutschland seine ernährungspolitische Grundlage festigte, schuf man draußen Flugzeuge, die Duhende von zentnerschweren Bomben tragen konnten! Während Deutschland ein kleines Heer von hunderttausend Mann unter kümmerlichen Waffen hatte, wurde ringsum die Jugend militärisch ausgebildet und ein Heer von Kolonialsoldaten herangebildet, dazu bestimmt, im Ernstfall über die Menschen weißer Rasse herzufallen! Während Deutschland bis zum letzten abgerüstet hatte, geschah nichts, um die Zusicherung jener Versailler Bestimmungen zu erfüllen, daß diese Abrüstung der erste Schritt sein sollte zu einer allgemeinen Abrüstung der Völker!

Deutschland hatte in Genf seine Zustimmung gegeben zu dem, wenn auch unvollkommenen Abrüstungsplan des englischen Ministerpräsidenten MacDonald; die anderen Mächte haben beschlossen, selbst diesen Plan in den Papierkorb zu werfen. Der Vorschlag, auf den sie sich dann geeinigt hatten, bedeutete nicht die geringste Abrüstung, sondern ließ auf Jahre hinaus die Möglichkeit offen, in übermächtiger Rüstung für den sogenannten „Frieden Europas“ zu sorgen. Ein Mann, der selbst vor fünfzehn Jahren an der Schaffung des Versailler Diktats mitgearbeitet hat, der frühere englische Ministerpräsident Lloyd George, sagte es soeben selbst: „Das wehrlose Deutschland, all seinen Nachbarn auf Gnade und Ungnade preisgegeben, hat zehn Jahre lang die Mächte aufgefordert, das eindeutige Versprechen zu erfüllen, das ihm gegeben worden ist. Die Forderung ist mit kalter Verachtung behandelt worden.“ Das ist geschrieben worden, noch ehe nun in Genf mit kalter Verachtung erklärt worden ist, daß die anderen Mächte an eine Abrüstung nicht denken. Da ist Deutschland aufgestanden, ist hinausgegangen und hat die Tür zu einem Saale hinter sich zugeworfen, in dem niemals auch nur der Anfang einer Abrüstung zustande gekommen ist und zustande kommen wird.

Deutschland ist aufgestanden und hinausgegangen aus diesem Saale, um einen anderen Ort zu finden, an dem nun wirklich und ernsthaft die Arbeit für den Frieden in der Welt in die Hand genommen werden soll. Jahr um Jahr hat man in jenem anderen Saale darum gemarkelt und gefeilscht, wie man durch eine Abrüstung zum Frieden kommen soll. Sieben Jahre hindurch tagte ein Ausschuß und dann eine Konferenz, die die Wege beraten sollten, auf denen die friedenshungrigen Völker endlich das Ziel ihrer Sehnsucht erreichen sollten. Ein Weg wurde nicht gezeigt; weiter mußten die Völker durch die Wüste ihres Sehnsühtes pilgern. Was Deutschland jetzt getan hat, geschah, um den Völkern einen anderen Weg zu jenem Ziel zu weisen.

Die Gleichberechtigung soll die Grundlage einer neuen, wirklich positiven internationalen Zusammenarbeit der Völker sein. Das war der Grundgedanke, aus dem heraus einst der Völkerbund gebildet worden war und der in einer so verhängnisvollen Weise verfälscht worden ist. Eine historische Tat war es, als die deutsche Reichsregierung unter Hitlers Führung sich entschloß, einen Schlussschritt zu machen unter das Geschehen der vergangenen Zeit und nun die Welt vor ein neues Wollen zu stellen, das bestimmt ist, nun wirklich den Frieden herbeizuführen. Um das zu erreichen, hat der Führer des neuen Deutschland sich aber auch entschlossen, das Wollen eines ganzen Volkes in die Waagschale zu werfen, eines Volkes, das das Herz Europas bedeutet. Dieses Volk wird durch sein Ja zum Ausdruck bringen, daß es hinter seinem Führer steht in dem Willen, der Welt endlich einen wirklichen Frieden zu beschaffen. Von den anderen Völkern wird es abhängen, ob dieses Ja zu einem Wollen des ganzen Erdballs wird.

Hitlers Friedensrede an die Welt.

Mehrere hundert Millionen Menschen in allen Ländern hörten die Worte des Kanzlers.

Reichskanzler Adolf Hitler sprach in einer überaus bedeutsamen Rede im Rundfunk über die durch die Beschlüsse des Reichskabinetts geschaffene Lage. Seine Ausführungen wurden nicht nur auf alle deutschen Sender, sondern auch auf alle europäischen Sendergruppen, mehrere Sender der Vereinigten Staaten und

Niederträchtige Lügen widerlegt

Feuerwehrlente über den Reichstagsbrand.

Zu Beginn der Sonnabendverhandlung im Reichstagsbrandhyster-Prozess gab Senatspräsident Dr. B. v. Winter eine längere Erklärung ab, die sich auf das Verhalten von vier ausländischen Rechtsanwälten bezieht, die als Zuhörer an den bisherigen Verhandlungen teilnehmen durften. Diese vier Anwälte, es handelt sich um den in Paris lebenden bulgarischen Anwalt Dethoff, den bulgarischen Anwalt Grigoroff, den amerikanischen Anwalt Gallagher und den französischen Rechtsanwalt Willard, haben in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Bulgaren, Rechtsanwalt Dr. Leichter, schwere beleidigende Anwürfe gegen Untersuchungsbeamte, insbesondere den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts erhoben. Im Hinblick darauf hat Senatspräsident Dr. Winter ihnen nunmehr ihre Dauerzuhörerkarten entzogen.

Rechtsanwalt Dr. Sack macht dann Mitteilung von einem ihm zugegangenen Brief des brasilianischen Journalisten Martin Castello, in dem dieser schreibt, daß er gar nicht zum Prozess in Leipzig war, daß er nicht ausgewiesen ist aus Deutschland und daß er als Deutschfreund bittet, die Wahrheit festzustellen, daß an diesem falschen Gerücht nichts richtig sei. Dr. Sack bittet dann festzustellen, ob der für heute als Zeuge geladene Oberbranddirektor Gempy derselbe sei, der am 27. Februar abends im Reichstag die Zeitung bei der Brandlösung hatte. Ihm sei aus dem Auslande mitgeteilt worden, daß

ein Branddirektor Gempy ermordet worden sein sollte.

Der Vorsitzende stellt eine entsprechende Frage an den Zeugen Gempy, der darauf erwidert, daß er derselbe Branddirektor sei, der die Lösung des Brandes am 27. Februar geleitet hat.

Es wird dann noch einmal der Hausinspektor des Reichstages Scranowitz vernommen.

In dem Schlussbericht der Londoner Untersuchungskommission, so erklärt Dr. Werner, wird u. a. festgestellt: „Außerdem hat der Korrespondent einer großen ausländischen Pressekorrespondenz, ein durchaus glaubwürdiger Zeuge, vor der Kommission ausgesagt, daß er bei seinem Besuch im Reichstag am Abend des Brandes um 23 Uhr

erhebliche Mengen dieses Brennmaterials

— zuor ist die Rede von leicht brennbaren Stoffen usw. — gesehen hat. Lumpen und ungeheure Mengen von denen der Boden des Sitzungssaales belegt war, und leicht entzündbare Flüssigkeiten. Er hat ferner berichtet, daß die Feuerwehr den Sitzungssaal gesäubert und das Material fortgeschafft hat, damit nicht auch dies noch Feuer fängt.“ Der Oberreichsanwalt bittet den Zeugen, sich dazu zu äußern.

Zeuge Scranowitz: Zu der Zeit, als die Korrespondenten das Haus betreten konnten, konnte niemand mehr den Saal betreten. Der war ein Flammenmeer. Im Umgang zwischen der Tür und der daneben befindlichen Tür stand ein Schreibtisch. In einem Regal lagen alte Drucksachen aufgestapelt, vielleicht drei bis vier Kilogramm. Diese sind fortgeschafft worden. Von Brennmaterial, Teerpappe usw. zu sprechen, ist eine Lüge. — Oberreichsanwalt: War leicht entzündbare Flüssigkeit vorhanden? — Zeuge: Das ist eine Lüge. — Darauf wird

Brandmeister Klotz

vernommen. Er schildert seine Beobachtungen im brennenden Reichstagsgebäude. Es war eine ungewöhnlich starke Hitze zu spüren. Heiße Luft kam mir entgegen. Ich mußte jeden Augenblick mit einer Stichflamme rechnen. Einzelheiten im Sitzungssaal waren kaum noch zu erkennen. Nach der Auffassung des Zeugen muß das Feuer im Sitzungssaal schon längere Zeit geschwelt haben.

Durch die geöffneten Glasüren, so erklärt er, sahen wir — das dürfte etwa 21.27 Uhr gewesen sein — als wir Wasser gaben, daß der ganze Saal

mit einemmal ein einziges Flammenmeer

war. Das Löschover ist selbstverständlich mit der größten Beschleunigung ausgeführt worden. — Oberreichsanwalt: War es möglich, daß um 23.00 Uhr jemand Material aus dem Saal herausbrachte? — Zeuge: Nein, da stand der ganze Saal in hellen Flammen. — Rechtsanwalt Dr. Sack fragt: Ist Ihnen irgendwas aufgefallen, aus dem Sie entnehmen können, daß Sie in der völligen Bekämpfung des Feuers gehindert werden sollten? — Zeuge (energisch): Nein.

Der Vorsitzende verliest aus den Akten ein Telegramm eines Feuerwehrhauptmanns: 27. Februar 23.57 Uhr Feuer fast gelöscht. Feuerwehr war mit 15 Lügen anwesend, zwei bereits abgerückt.

Dr. Sack: Kurz vor Mitternacht ist das Feuer fast gelöscht. Kurz vor 1 Uhr erfolgt das Abdrücken der Wache. War es überhaupt möglich, daß während dieser Zeit irgendein Journalist in der Lage war,

in den Sitzungssaal hineinzukommen

und dort ganz bestimmte Beobachtungen zu machen? — Zeuge: Zu dieser Zeit war der Saal abgesperrt. Die Träger waren heruntergestürzt, es bestand Lebensgefahr.

Brandmeister Wald, gleichfalls vom Zug Moabit, bekräftigt im wesentlichen die Angaben dieses Zeugen. Auch dieser Zeuge hält es für unmöglich, daß um 23 Uhr jemand etwas aus dem brennenden Saal herausgeschafft hätte. Landgerichtsdirektor Parrisius kommt im Zusammenhang mit den Behauptungen des Brauns auf die Frage des angeblichen

Einsatzes von SA- und SS-Mannschaften

zu sprechen. Es sollen ja nach dem Braunbuch 20 SA-Männer schon vor Eintreffen der Feuerwehr sich am Reichstag befunden haben. — Zeuge: Ich habe keinen SA-Mann gesehen. Es wäre mir sicherlich aufgefallen. — Die gleiche Antwort gibt auch Brandmeister Klotz. — Parrisius: Also auch das ist wieder eine glatte Lüge!

Durch weiteres Befragen des Zeugen stellt Rechtsanwalt Dr. Sack fest, daß der von der Feuerwehr eingeschlagene Weg der schnellste und richtige gewesen sei.

Rechtsanwalt Leichter bittet, darüber Beschluß zu fassen, wann der Angeklagte Dimitroff wieder zugelassen werden kann. Er bittet, daß dies spätestens Montag früh geschieht.

Darauf wird eine Mittagspause eingelegt.

Senatspräsident Winter teilt dann zu Beginn der Nachmittagsverhandlungen mit, daß der Senat beschloffen hat, den bulgarischen Angeklagten Dimitroff von Montag ab wieder zur Hauptverhandlung zuzulassen.

Sodann wird der Oberbrandmeister Puhle vernommen, der seine Tätigkeit während des Brandes eingehend schildert.

Dr. Sack: Sie haben an einer Besprechung teilgenommen, die Oberbranddirektor Gempy einberufen hatte. Dort soll, wie das Braunbuch behauptet, Gempy seinen Brandleitern gesagt haben, die Feuerwehr sei viel zu spät alarmiert worden. — Zeuge: Eine solche Besprechung hat stattgefunden, aber daß der Oberbranddirektor eine solche Äußerung getan hätte, ist mir nicht bekannt.

Dr. Sack: Er soll sich beklagt haben, daß Reichstagspräsident

Göring ihm ausdrücklich verboten hätte,

sofort die höchste Alarmstufe zu verkünden. — Zeuge: Auch eine solche Äußerung hat er nicht getan.

Dr. Sack: Das ist also nicht wahr? — Zeuge: Das ist eine Lüge!

Nunmehr wird in die mit Spannung erwartete

Vernehmung des Oberbranddirektors a. D. Gempy eingetreten.

Der Vorsitzende hält dem Zeugen Gempy die Darstellung des kommunistischen Braunbuchs und ausländischer Zeitungen vor, wonach u. a. in der Besprechung mit den Brandleitern Gempy gesagt haben soll, die Feuerwehr sei zu spät alarmiert worden; es seien 20 Mann S.A. bereits am Brandherd gewesen, als die Feuerwehr endlich erschien; das wäre eine Folge der späten Alarmierung gewesen. Weiter hätte der preussische

Innenminister Göring ihm ausdrücklich verboten, sofort die höchste Alarmstufe zu verkünden. — Zeuge Gempy: Ich bin bereits mehrmals zu diesem Punkt gehört worden. Ich habe in beiden Fällen diese Behauptungen als

glatten Unsinn

erklären müssen.

In der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Göring hat sich folgendes abgespielt: Ich habe den Ministerpräsidenten in Begleitung einiger anderer Herren an der Südseite gesehen und bin auf ihn zugegangen, um ihm als dem höchsten Polizeichef Meldung zu erstatten. Der Ministerpräsident fragte mich, ob ich den Direktor des Reichstages, Herrn Galle, gesehen hätte. Das war die einzige Frage, die er an mich gerichtet hat. Ich fragte dann weiter, ob der Ministerpräsident noch Befehle für mich habe. Er sagte: „Lassen Sie sich nicht stören, Sie haben die Verantwortung“, und er ging lebhaften Schrittes nach Portal II weiter.

Vorsitzender: Eine Anweisung vom Ministerpräsidenten oder einer sonstigen vorgeordneten Stelle haben Sie nicht bekommen in dem Sinn, daß Sie nicht so schnell vorgehen sollten?

Zeuge: Das ist vollständiger Unsinn!

Oberreichsanwalt: Ich muß nun nochmals die Frage ausdrücklich an Sie richten: Es wird gesagt, daß aus diesen angeblichen Anordnungen des Ministerpräsidenten Göring sich ergeben hätte, daß man wohl an einer Ausdehnung des Brandes, nicht aber an der Eindämmung interessiert gewesen wäre. Haben Sie irgendeine Beobachtung gemacht, daß von irgendeiner Stelle aus Maßnahmen getroffen oder Äußerungen gefallen sind, die dahin auszulegen wären, daß man ein solches Interesse hätte? — Zeuge: Nein!

Oberreichsanwalt: Auf die Pressemeldung über diese angebliche Äußerung hin ist am 18. Juni ein Dementi veröffentlicht worden. Es wird behauptet, daß dieses Dementi unter irgendeinem Druck gegen Sie zustande gekommen wäre. — Dr. Sack: Sogar auf Verlangen von Göring! — Zeuge: Nein!

Oberreichsanwalt: Es wird in der Presse auch behauptet, daß Sie zum heutigen Termin aus der Haft vorgeführt worden wären.

Sind Sie jemals in Haft gewesen? Ist irgendeine Maßnahme gegen Sie in bezug auf den Brand verfügt worden?

Der Tag der deutschen Kunst

München im Festkleid.

Am Tag der deutschen Kunst.

Die bayerische Landeshauptstadt prangt im Schmuck der Fahnen, Wimpel und Girlanden. Tausende von fleißigen Händen hatten gearbeitet, um das Festkleid der Stadt zum Tage der deutschen Kunst rechtzeitig fertigzustellen. Noch niemals hat München, das doch schon so viele Künstlerfeste erlebt hat, ein so großartiges Bild geboten. Den prächtigsten Schmuck trägt der schon durch seine Ausmaße überraschende Schauplatz der Grundsteinlegung an der Prinzregentenstraße. Inmitten eines riesigen Stadions steht der Grundstein zum „Haus der deutschen Kunst“. In der Prinzregentenstraße geben die bunt belaubten Bäume des Englischen Gartens einen wirkungsvollen Hintergrund. Ein gewaltiger Triumphbogen bildet die Eingangspforte zur Feststraße.

Besonders würdigen Schmuck hat der historische Platz der Feldherrnhalle erhalten als der Stätte der Bluttaufe der nationalsozialistischen Bewegung. Hier ist ein riesiger Altar mit goldenem Lorbeerkranz errichtet. Eine Flamme lobt den Toten zum Gedenken am Himmel. Ein riesiges Blumengebilde des Führers liegt auf den Stufen zur Feldherrnhalle. Ernste Feierlichkeit liegt über dem ragenden Obelisk und seinen 20 Festandelaubern auf dem Karolinenplatz. An riesigen Masten hängen schwarze Banner, die abwechselnd das silberne Eisenerkreuz und das Hakenkreuz tragen. An dieser Stätte, die dem Andenken der 30 000 gefallenen Bayern in Rußland gewidmet ist, werden am Festtage SS-Formationen im Stahlhelm die Ehrenwache halten. Das Braune Haus prangt in Braun und Gold. Der Balkon ist mit roten und goldenen Teppichen geschmückt. Das Obergeschoß trägt einen riesigen braunen Laubkranz mit Gold und eine Umrahmung der Mitteltür.

„Der Grundstein ist gelegt!“

Die Grundsteinlegung zum Hause der Deutschen Kunst in München gestaltete sich zu einem glanzvollen Ereignis. Um 10.20 Uhr erfolgte die feierliche Einholung des Führers.

Die Spannung der Massen steigerte sich immer mehr, als der Bayerische Präsidentenmarsch erkante und aus der Ferne bereits braunefarbene Heilrufe das Kommen des Führers verkündeten. Der Jubel wuchs zu einer Welle der demonstrativen Begeisterung an, als der Reichstanzler, nachdem er vorher die Front einer Ehrenkompanie der Landespolizei abgesehen hatte, am Festplatz eintraf.

Die Ansprache des Führers.

In seiner Ansprache führte der Führer folgendes aus: Es ist herrlich, in einer Zeit zu leben, die ihren Menschen große Aufgaben stellt. Als die Regierung der nationalen Erhebung die Verantwortung übernahm, übernahm sie damit die Pflicht, die Aufgaben zu meistern, die wir vor und um uns sehen. Ein Volk ist zusammengebrochen und soll seine Wiederaufrichtung erleben. Wir wollen heute nicht haben über das Unglück, das uns getroffen, die Katastrophe, die uns gestürzt hat. Wir wollen nur erkennen, daß das Gebrochene wieder aufgerichtet werden muß und daß der Versall sich wieder zu neuem Leben wende. Uns hat das Schicksal die herrliche Aufgabe gestellt, in dieser Not zu kämpfen.

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Wenn wir die Aufrichtung unseres Volkes als Aufgabe unserer Zeit und unseres Lebens empfinden, sehen wir vor uns nicht nur die leidende Wirtschaft, sondern ebenso die bedrohte Kultur, nicht nur die Not des Leibes, sondern nicht weniger die Not der Seele, und wir können uns keinen Wiederaufstieg des deutschen Volkes denken, wenn

nicht wieder ersticht auch die deutsche Kultur und vor allem die deutsche Kunst.

Wir vollziehen heute einen symbolischen Akt. Eine tragische Verletzung von Zufall, Schuld und Ungeklärtem vernichtet in einer Nacht ein Haus das für immer verbunden bleiben wird mit dem künstlerischen Schaffen nicht nur dieser Stadt, sondern der ganzen deutschen Nation. Indem wir uns schmerzhaft von dem Verlorenen trennen, beginnen wir vertrauensvoll mit dem Blick in die Zukunft den Aufbau des Neuen.

Ein Haus der deutschen Kunst

soll entstehen, der alte Glaspalast, durch viele Jahrzehnte ein Merkmal dieser Stadt, sich verwandeln in ein Denkmal unserer Zeit. Das junge Deutschland baut seiner Kunst sein eigen Haus.

Ein Volk sind wir, ein Reich wollen wir sein! So fanatisch wir für die Größe dieses Reiches, für seinen Frieden, aber auch für seine Ehre eintreten (stürmische Heilrufe), so wenig wir dulden, daß irgendein Geist der Zwiethracht die Einheit der Nation bedrohe, unerbittliche Eigenbrötelei die Kraft des politischen Lebens schwäche, so sehr hängen wir an der Eigenart der deutschen Lande und wollen pflegen den Reichtum der Vielgestaltigkeit unseres inneren Lebens.

Nicht im Hader oder kleinen eifersüchtigen Streit mit den anderen Völkern unseres großen deutschen Vaterlandes haben wir die Möglichkeit des Eigenlebens Bayerns und seiner Hauptstadt zu sehen, sondern im Bekenntnis der untörichtlichen Verbundenheit mit dem ganzen deutschen Volk,

sowie in der Größe des Beitrages, den dieser Stamm und diese Stadt hier leisten zur Größe des Reiches und zur Größe der deutschen Nation. (Stürmische Heilrufe.)

Was ein kleines Geschlecht nicht begriff, müssen wir zur Freude und zum Nutzen des ganzen deutschen Volkes erfüllen: möge diese Stadt sich wieder zurückfinden auf ihre eigentliche Mission,

Stätte des Erhabenen und des Schönen

zu sein, auf daß sich wieder als Wahrheit erweise, daß man diese Stadt gesehen haben muß, um Deutschland zu kennen.

In diesem Sinne wollen wir zum ersten schönen Baues des neuen Reiches hier den Grundstein legen, einem deutschen Baumeister zu danken, der Stadt München zu treuen Händen, der deutschen Kunst zu eigen. (Stürmische Heilrufe.)

Die Grundsteinlegung.

Während die in alter Handwerkskunst gekleideten Maurer und Steinmetze die handwerklichen Vorbereitungen trafen, wurde eine Urkunde über die Grundsteinlegung verkündet, aus der hervorgeht, daß dieses Haus seine Entstehung dem Wunsche und Willen des Erneuerers des Deutschen Reiches, Reichstanzler Adolf Hitler, verdankt. Staatsminister Wagner überreichte dem Führer als Geschenk des Gaues München-Oberbayern

einen silbernen Hammer

mit der Bitte, damit die Grundsteinlegung des Hauses der Deutschen Kunst vorzunehmen und ihn auch bei allen späteren Neubauten des neuen Reiches zu benutzen. Reichstanzler Adolf Hitler übernahm den Hammer und erklärte, er sei glücklich, diesen Tag in der Stadt München erleben zu dürfen, von der die große Erhebung des deutschen Volkes ihren Ausgang nahm. Er sei glücklich, diesen Tag erleben zu können, von dem eine neue deutsche Kunst ihren Ausgang nehmen werde. „Der Grundstein ist gelegt!“

Unterdessen hatten die Handwerker die in einer Rolle verwahrte Urkunde über die Grundsteinlegung in den geöffneten Grundstein gelegt und diesen wieder zugemauert. Der Reichstanzler führte hierauf den Hammer Schlag aus. Während sich der Führer wieder auf seinen

Die bewußte Deffassierung aber unseres Volkes, die darin liegt, daß man jedem Volke der Welt ein selbstverständliches Recht zubilligt, das nur uns allein vorenthalten wird, empfinden wir als die Verewigung eines Diskriminierung, die für uns unerträglich ist.

Wir hängen in genau so grenzenloser Liebe an unserm Volke, wie wir aus dieser Liebe heraus von ganzem Herzen eine Verständigung mit den anderen Völkern wünschen und, wo es uns nur überhaupt ermöglicht wird, auch zu erreichen versuchen. Es ist für uns damit aber als Vertreter eines ehrlichen Volkes und eines ehrlichen eigenen Ich unmöglichen, an Institutionen teilzunehmen unter Voraussetzungen,

die nur für einen Unehrlichen erträglich sind. Die Welt kann aber nur ein Interesse daran besitzen, mit den Ehrenmännern und nicht mit den Fragwürdigen eines Volkes zu verhandeln, mit diesen und nicht mit anderen Verträge abzuschließen, sie muß dann

aber auch ihrerseits dem Ehrgefühl und Ehrenempfinden eines solchen Regiments Rechnung tragen, so wie auch wir dankbar sind, mit Ehrenmännern verkehren zu können. Es ist dies aber um so notwendiger, als nur aus einer solchen Atmosphäre heraus die Maßnahmen zu finden sind, die zu einer wirklichen Befriedigung der Völker führen.

Neuaufbau einer besseren Gemeinschaft in Europa.

Indem wir aus den Erklärungen der offiziellen Vertreter einer Reihe von Großstaaten entnommen haben, daß von ihnen an eine wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands zur Zeit nicht gedacht wird, ist es diesem Deutschland zur Zeit auch nicht möglich, sich weiterhin in einer so unwürdigen Stellung anderen Völkern aufzudrängen.

Die Drohungen mit Gewalt könnten in ihrer Verwirklichung nur Rechtsbrüche sein. Die deutsche Regierung ist zutiefst erfüllt von der Überzeugung, daß ihr Appell an die ganze deutsche Nation der Welt bezeugen wird, daß die Friedensliebe der Regierung genau so wie ihre Schrauffassung Friedenssehnsucht und Ehrbegriff des ganzen Volkes sind.

Ich habe mich entschlossen, zur Dokumentation dieser Behauptung den Herrn Reichspräsidenten zu bitten, den Deutschen Reichstag aufzulösen und in einer

Neuwahl verbunden mit einer Volksabstimmung dem deutschen Volke die Möglichkeit zu bieten, ein geschichtliches Votum abzugeben, nicht nur im Sinne der Billigung der Regierungsgrundsätze, sondern auch in einer bedingungslosen Verbindung mit ihnen. Möge die Welt aus diesem Votum die Überzeugung entnehmen, daß das deutsche Volk sich in diesem Kampf um seine Gleichberechtigung und Ehre

restlos identisch erklärt mit seiner Regierung, daß aber beide in tiefstem Grunde von keinem anderen Wunsche erfüllt sind, als mitzuhelfen, eine menschliche Epoche tragischer Verirrungen, bedauerlichen Haders und Kampfes zwischen denen zu beenden, die als Bewohner des kulturell bedeutungsvollsten Kontinents der ganzen Menschheit gegenüber auch in Zukunft eine gemeinsame Mission zu erfüllen haben.

Möge es dieser gewaltigen Friedens- und Ehrkundgebung unseres Volkes gelingen, dem inneren Verhältnis der europäischen Staaten untereinander jene Voraussetzung zu geben, die zur Beendigung nicht nur eines jahrhundertelangen Haders und Streites, sondern auch zum Neuaufbau einer besseren Gemeinschaft erforderlich sind: der Erkenntnis einer höheren gemeinsamen Pflicht aus gemeinsamen gleichen Rechten!

Kurze politische Nachrichten.

Reichsflughauptminister Göring hat Staatsminister Hermann Eiser in Würdigung seiner Verdienste um die Entwicklung der Luftfahrt in Bayern zum Fliegerführer ernannt. Der Fliegerführer entspricht dem Range eines Obergruppenführers der SA.

Für die Universität München wurde Geheimrat Professor Dr. Karl Escherich zum neuen Rektor ernannt. Er ist bekanntlich eine Autorität auf dem Gebiete der Bekämpfung der Forstschädlinge.

Wie die Reichsbahn mitteilt, stellt sie ihre Fahrarten ausgaben und Abfertigungsstellen zur Auslegung von amtlichen Sammelkarten für das Winterhilfswerk zur Verfügung, so daß auch Reisende jederzeit für das Winterhilfswerk spenden können.

Die saarländische Regierung, die unter französischem Einfluß steht, hat den saarländischen Beamten die Teilnahme an der in Köln veranstalteten

Rundgebung der Beamten des Rheinlandes verboten.

Die österreichische Polizei hat den Kampfbund für deutsche Kultur mit sofortiger Wirksamkeit aufgelöst. Der Kampfbund hatte unter Leitung des Generalmusikdirektors Reichwein ein Konzert angefragt, auf dessen Programm u. a. die „Egmont“-Overtüre von Beethoven und die Dritte Sinfonie von Bruckner standen.

Ein Wunsch des Führers:

Keine Ehrenkompanie der Reichswehr in München.

Das Presseamt des Tages der Deutschen Kunst teilt mit: Die Stellung der Ehrenkompanie der Reichswehr zum Empfang des Führers anlässlich der Feier der Grundsteinlegung zum Hause der Deutschen Kunst unterblieb auf ausdrücklichen Wunsch des Führers, da er diese hohe militärische Ehrung nur dem Reichspräsidenten und den hohen militärischen Vorgesetzten vorbehalten wissen will.

Die vier ausländischen Rechtsanwälte festgenommen.

Die ausländischen Rechtsanwälte, die bisher als Zuhörer zu dem Reichstagsbrandstifterprozess zugelassen waren, sind, nachdem das Gericht ihnen die Gastfreundschaft entzogen hat, von der Polizei vorläufig festgenommen und zur Vernehmung nach dem Polizeipräsidium gebracht worden.

Es scheint bisher festzustehen, daß die genannten Anwälte in Berlin weilende Vertreter der ausländischen Presse bewußt wahrheitswidrig unterrichtet und daß sie über den Zustand des Angeklagten Dimitroff unwahre Mitteilungen verbreitet haben. Vor dem Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen werden die weiteren Maßnahmen abhängen.

Lokales und Provinzielles

Halver, den 16. Oktober 1933.

* **Pfarrer Adler Bischof von Westfalen?** In einer Versammlung der westfälischen Kirchenkreisleiter in Soest wurde Pfarrer Adler als voransichtlicher Bischof für Westfalen in Aussicht genommen.

* **Der neue Landeshauptmann der Provinz Westfalen gewählt.** Der Westf. Provinzialausschuss wählte in seiner Sitzung am Freitag den bisherigen Staatskommissar der Westf. Provinzialverwaltung, Dipl.-Ing. Kolbow, zum Landeshauptmann der Provinz Westfalen.

Halver

—(Die Mitglieder des **Waldbauvereins Halver** trafen sich am Samstag nachmittag um 4 Uhr im Hotel zur Post zu einer Generalversammlung. Den Vorsitz führte Karl Dornbach zu Dornbach. Nachdem er die Erschienenen begrüßt, erteilte er dem Schriftführer Ernst Kirchhoff, Bergfeld das Wort zur Erstattung des Jahresberichtes: Es fanden eine Hauptversammlung und eine größere Versammlung, letztere mit Lichtbildervorführung statt. Nach dem Ableben des Vorsitzenden Fr. Benschmidt, Othmaringhausen übernahm Karl Dornbach die Leitung des Vereins. Der Mitgliederstand ist 217. Diese haben 272 Morgen Waldbestand. Es wurden rund 87 000 Gehölzpflanzen zur Aufzucht bezogen (Fichten, Kiefern, Lärchen, Eichen, Eichen und Pappeln). Die Vermögenslage des Vereins habe eine Verbesserung erfahren. Den Jahresbericht erstattete Karl Ruhn, Schmidhausen. Das vorhandene Vermögen ist bei dem Halverischen Spar- und Darlehnskassenverein zinsbar angelegt. Die Revisoren Wilh. Paulmann, Schmaenbach und Heinrich Schmidt, Vingenfelsen prüften die Kasse. Sie fanden alles in bester Ordnung und beantragten Entlastung des Kassierers, die darauf ausgesprochen wurde. Zum Punkt: Beschlussfassung über das Vereinsvermögen verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Forstamts Lemmthe, welches folgenden Wortlaut hatte: „Landesbauernführer hat den Pg. Freiherrn von der Borg mit der Eingliederung der Forstwirtschaft in die neue Landesbauernschaft beauftragt. Zum Stabsleiter ist der Forstassessor Murmann vom Forstamt in Lemmthe ernannt. Gleichzeitig ist Forstassessor Murmann forstlicher Kaufberater der NSDAP für Westfalen-Lüd. Bevor die Eingliederung der Forstwirtschaft in die Landesbauernschaft nicht vollzogen ist, bleiben die Waldbauvereine bestehen. Wenn sich der Kreis- und Ortsverein auflöst, so hat das mit dem Waldbauverein nichts zu tun. Der Waldbauverein muß nach wie vor seine Beiträge an die Landesbauernschaft für die Provinz Westfalen abführen. Es folgte eine längere Debatte, an deren Schluß Karl Clever-Eichholz folgenden Antrag einbrachte: „Der Landwirtschaftliche Verein wird in seinen Kassenverhältnissen vom Waldbauverein mit seinem gesamten Vermögen wie Schulden übernommen, vorbehaltlich der Zustimmung des Landwirtschaftlichen Vereins.“ Der Antrag wurde zum Beschluß erhoben und angenommen. — Anmeldungen zu Aufforstungen unter Anspruchnahme von Beihilfen sind bis zum 15. Nov. zu tätigen. — Anschließend an die Versammlung des Waldbauvereins hielt der **Landwirtschaftliche Verein Halver**

eine Generalversammlung ab. Vorsitzender Wilhelm Bremicker, Schöneberge, gab in seinen einleitenden Worten zum Ausdruck, daß es die letzte Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Halver sei. Seine Existenz könne man bis in die Jahre 1874-75 nachweisen. Die segensreiche Tätigkeit in all den Jahren könne dem Verein nicht abgesprochen werden. Der Kreisverein sei aufgelöst und nun gehe der Ortsverein Halver denselben Weg. Nach dem Statut müßten Zweidrittel der anwesenden Mitglieder für die Auflösung stimmen. Bevor der Auflösungsbeschluß getätigt wurde, seien die Kassenverhältnisse zu prüfen. Dies geschah durch die Vorstandsmitglieder des Waldbauvereins Karl Dornbach, Ernst Kirchhoff und Karl Ruhn. Die rechnerische Prüfung ergab keine Beanstandung. Karl Dornbach erstattete den Revisionsbericht. Fügte hinzu, daß er den vorhandenen Barbetrag bereits vom Kassierer erhalten und zur Spar- und Darlehenskasse gebracht habe. Dem Kassierer Karl Clever-Eichholz wurde Entlastung erteilt. Nun folgte der Auflösungsbeschluß, der einstimmig angenommen, folgenden Wortlaut hatte: „Der Landwirtschaftliche Verein Halver wird aufgelöst und gibt seine Zustimmung dazu, daß sein Vermögen in den Waldbauverein übergeht. Die Leitung bezügl. des Arbeitsdienstes bleibt vorläufig in den Händen der bisherigen Herren, bis die Sache endgültig geklärt ist.“ Zum Punkt: Auflösung der kleinen Läger des freiwilligen Arbeitsdienstes gibt der Vorsitzende Aufklärung über die Verhandlungen mit den leitenden Stellen des freiw. Arbeitsdienstes. Es sei erklärt worden, daß die Läger Hohl und Grünbaum zum 15. November geräumt würden. Im Frühjahr könne man dann wieder den Antrag stellen, falls noch Rodearbeit vorhanden, die Läger wieder aufnehmen zu lassen. Den Ausführungen des Vorsitzenden schloß sich eine längere Aussprache an in denen zum Ausdruck kam, daß die Hauptläger von Kierspe und Dahlebrück zu weit ablägen. Bei Inanspruchnahme derselben durch hiesige Rodflächenbesitzer käme keine fördernde Arbeit heraus. Von ca. 400 bis 500 Morgen Wald seien erst 30 bis 32 Morgen gerodet. Nachdem man sich noch über die Arbeit der freiwilligen Arbeitsdienstläger und die geleisteten Zahlungen durch die Träger der Arbeit unterhalten, wurde beschlossen, die Angelegenheiten mit dem Arbeitsdienst zu vertagen. Die Tagesordnung war damit erschöpft. Karl Lausberg, Bahlfeld nahm nunmehr Veranlassung, die Arbeit der führenden Männer des Landwirtschaftlichen Vereins in den verfloßenen Jahrzehnten zu würdigen. Ganz besonders aber zollt er Dank den bisherigen Vorstandsmitgliedern, die das Vereinsgeschick durch manche Klippen geleitet und sicher geführt hätten. Seine Worte klangen in die Bitte aus, daß man auch weiterhin in den Vereinigungen der Landwirte auf ihre Mithilfe rechnen dürfe. Darauf wurde die Versammlung gegen 7.30 Uhr geschlossen.

ll Wir weisen auf die Bekanntmachung des Ortsbauernstandes hin, für die noch Säumigen ist es höchste Zeit die Mitgliedschaft im Bauernstand zu erwerben. Bezüglich des Winterhilfswerks wird uns mitgeteilt daß die Landwirte die sich weigern Kartoffeln abzugeben, dem Kreisbauernführer gemeldet werden sollen.

pn. **Oberbrügge.** Ein betrügerisches Ehepaar. Vor einiger Zeit graste ein Ehepaar, es handelt sich um die Eheleute Kaufmann Fritz G. aus Wuppertal-Barmen, die hiesige Gegend ab und holten in Brügge, Oberbrügge, Halver usw. Inserate für das Reichsadressbuch ein. Verschiedene Firmen und Geschäftsleute gaben auch Anzeigen auf, sahen aber dann nichts mehr. Die Polizei interessierte sich für den Fall und so kam es zu einer Anzeige wegen Betruges. Vor dem Hagener Schöffengericht legte das Ehepaar, das schon wiederholt wegen Betruges verurteilt ist, ein kleines bescheidenes Adressbuch für Handel und Gewerbe vor, das erscheinen soll und behauptete, sie hätten nur Anzeigen für das vorliegende Adressbuch gegeben. Die Zeugenvernehmung ergab aber, daß beide ausdrücklich betont hatten, es handele sich um Anzeigen im Reichsadressbuch. Für das vorliegende Adressbuch hätten die Inserenten nie eine Anzeige aufgegeben, sie wurden getäuscht und sind dann hereingefallen. Das Ehepaar wurde überführt und jeder erhielt 2 Wochen Gefängnis. Nur der Umstand, daß wenigstens ein Adressbuch herausgegeben wird, wenn auch ein bescheidenes, bewahrte sie vor einer hohen Strafe, da gerade auf dem Gebiete des Adressbuchschwindels viel getäuscht und betrogen wird.

Smalksmühle

—x Der Ausbau der verlängerten **Viktoriastraße** hat derart gute Fortschritte gemacht, so daß mit der Fertigstellung bezw. mit der Beendigung des Ausbaues in etwa einer Woche zu rechnen ist. Mit den Arbeiten wurde vor etlichen Monaten in der Menbach begonnen und dann dem Ort über das große Gemeindegelände nach der alten Viktoriastraße zugeführt. Die Absicht, die Straße im Rohbau den Winter über liegen zu lassen, konnte dank der vorzüglichen Aufstellung der Kostenpläne und der überaus günstigen Durchführung des Baues begünstigt durch das gute Wetter, fallen gelassen werden. Es wird noch ermöglicht, daß die neue Straße, wenn auch vielleicht noch nicht in ihrer ganzen Länge, so aber doch vom Ort aus bis über das Gemeindegelände hinaus mit einer guten Steinpflaster versehen und mittels Dampfwalze eingewalzt wird. Außerdem kann im oberen Menbachtal noch eine ganze Strecke kanalisiert werden. Alles kann bewerkstelligt werden, ohne daß die Kostenanschläge überschritten werden.

Zwangsversteigerung.

Am Dienstag, den 17. Oktob. 1933 sollen in meinem Versteigerungslokal Wirtschaft „Hotel zur Post“ in Halver vormittags 10 Uhr öffentlich meistbietend gegen bare Zahlung versteigert werden:

- 2 Schreibmaschinen,
- 1 Schreibtisch,
- 1 Sessel,
- 1 Bücherschrank.

Halver, den 16. Okt. 1933

Lange,
Obergerichtsvollzieher,
Lidenfeld, Wörthstr. 2.

Empfehle meine Gaha-

Frish-Margarine
in bekannter Güte

Rub. Gontermann,
Halver i. W.

Nachruf.

Am 15. Oktober 1933 entschlief nach langem Leiden unser lieber Kamerad

Friedrich Wilhelm Bremicker

Lange Jahre stand er im Dienst des Roten Kreuzes und war einer unserer eifrigsten Kameraden.

Wir werden seiner nie vergessen!

Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Kierspe.

Kierspe-Bhf., den 16. Oktober 1933.

Zur Teilnahme an der Beerdigung tritt die Kolonne am Mittwoch, den 18. Oktober, nachm. 2.15 Uhr am Vereinslokal Cramer an.

Ortsbauernstand Halver.

Endgültige Regelung des Pflichtbeitrages.

Laut Anordnung des Kreisbauernführers hat jeder Bauer, der bisher nicht Mitglied des Landbundes oder des Westfälischen Bauernvereins war, endgültig bis zum 1. 11. den einfachen Landbund-Jahresbeitrag zwecks Erwerbung der Mitgliedschaft des Ortsbauernstandes an den Ortsbauernführer abzuführen (Für die ersten 1) Morgen Kulturfläche 6 Mk. für jeden weiteren Morgen Kulturfläche 2) Pfg.) Soweit dieser Betrag unseren Beauftragten noch nicht übergeben wurde, wird auf obige Aufforderung verwiesen. Ab 1. 11. wird andernfalls der Beitrag in dreifacher Höhe zwangsmäßig eingezogen. Ab 1. 1. 34 verfällt jeder auf diese Weise noch nicht im Bauernstand eingeleitete einer Konventionalstrafe bis zu 1000 Mark. Damit ist die Pflichtbeitragsfrage endgültig geregelt.

Im Auftrage des Landesobmanns Rost ordnet der Kreisbauernführer an, daß für das Winterhilfswerk je Morgen Kulturfläche 10 Pfd. Kartoffeln gespendet werden, auf die sich dadurch ergebende Menge werden die bereits gezeichneten Kartoffeln angerechnet. Den in Kürze vorbeikommenden Beauftragten bitte ich die Mengen anzugeben.

Der Ortsbauernführer.

Weisskohl

heute eingetroffen.

la. Weisskohl. Abholen im Geschäft.

Leni Hauswirth,

früher Otto Weber,
Halver.

Röhlers Industrieller Flotten-Kalender 1934.

Mit einer großen farbigen Kriegsschiffbeilage:

„Im Zeichen der Abrüstung“.

Preis:
RM. 1.30

Wilh. Bell jr., Halver.